



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/296 - 30. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24834 - 33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Das grosse Entweder-Oder | S. 1 |
| USA-Echo auf die Pariser NATO-Konferenz | S. 3 |
| Die Bundesrepublik als Waffenlieferant ? | S. 5 |
| Ein Blick in die Preisabsprachen in der Bauindustrie | S. 6 |
| Bundespresseamt unter die Lupe nehmen ! | S. 8 |

Das grosse Entweder - Oder

sp- Wohl selten ist die Menschheit an einem Jahreswechsel mit so furchtbarer Deutlichkeit vor die Frage gestellt worden, welchen Weg sie gehen soll. Die Versuche, den Rüstungswettlauf abzustoppen, sind im abgelaufenen Jahr gescheitert. Es ist heute müssig, die "Schuld" an diesem Scheitern untersuchen zu wollen. Tatsache ist, dass nur ein kleiner Schimmer blieB, der uns die Erhellung des düsteren Horizonts erhoffen lässt.

Wir können heute nicht einmal mehr von einem "Status Quo" reden, denn in allen Staaten - im Westen wie im Osten - kündigen die Verantwortlichen an, dass ihre Völker im kommenden Jahre neue Lasten für die Rüstung auf sich nehmen müssten. Es werden Zahlen von gigantischer Höhe genannt. Man manipuliert mit Milliarden, als ob es sich um einzelne Mark, Dollars oder Rubel handelte.

Um den Irrsinn, in den sich die Welt gestürzt hat, noch recht deutlich zu machen, versichert man sich über die Ätherwellen, dass man sich jetzt schon gegenseitig zerstören und "ausradieren" könnte. Der Westen und der Osten verfügen über so gewaltige Vernichtungsmittel, dass es im Falle eines Krieges keinen Sieger und keinen Besiegten geben würde. Die ganze Menschheit würde in einem apokalyptischen Rausch der Selbstvernichtung zugrunde gehen, wenn sie die Waffen anwenden wollte, die sie heute schon hat.

Und trotzdem wird weiter gerüstet!

Die Primitiven unter uns zwinkern listig mit den Augen und meinen, Verhandlungen könne es erst wieder geben, wenn beide Seiten gleich stark seien. Das ist die Dummheit in Potenz, denn wem würde es nützen, wenn er vier Wochen lang von sich sagen könnte, er sei jetzt gerade einmal etwas stärker als der andere? In vier Wochen wird es wieder "der andere" sein, denn Wissenschaft und Technik sind heute in den Machtzentren der Welt gleichwertig. Nur graduelle Unterschiede in der Auswertung wissenschaftlicher und technischer Forschungsergebnisse trennen sie voneinander.

Dabei gibt es in allen Staaten und Völkern vernünftige Menschen, die einen klaren Kopf behalten haben. So reich das vergangene Jahr an hektischem Bemühen zur Fortsetzung des Rüstungswettlaufs war, so reich war es auch an Vorschlägen, deren Verwirklichung dem Wahnsinn Einhalt gebieten könnte. Zuerst kamen die Warnungen der deutschen Atomwissenschaftler. Es folgten Albert Schweitzer und der Papst als anerkannte Autorität der katholischen Welt. Dann entwickelten namhafte Politiker neue Ideen. Es gibt jetzt eine ganze Reihe von politischen Anregungen, deren Realisierung zu einer Entspannung der Verkrampfung zwischen Ost und West führen könnte. Wir hörten die Vorträge des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau, Kennan. Wir nahmen die Anregungen des polnischen Aussenministers Rapacki zur Kenntnis. Wir kennen das jahrelange Ringen der deutschen Sozialdemokratie um die Überwindung der militärischen Blockpolitik in Europa. Alle diese Anregungen und Vorschläge gipfeln in der Forderung, zunächst in Europa einen atomwaffenfreien Raum zu schaffen, die ausländischen Truppen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges aus Deutschland zurückzuziehen und auf diese Weise eine Entspannungszone zu bilden. Fundament dieser Entspannungszone soll ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage des wieder-vereinten Deutschland sein, dessen Existenz gleichermassen von den Vereinigten Staaten und von der Sowjetunion respektiert und garantiert wird.

Die Schöpfer dieses Planes sind sich durchaus bewusst, dass damit noch keine absolute Sicherheit für die Erhaltung des Friedens in der Welt geschaffen wird. Sie streben zunächst an der kritischen Scheidengrenze zwischen Ost und West in Europa eine Zone der Entspannung an und sind überzeugt, dass - dieses Mahziel einmal erreicht - auch andere Probleme in einer ruhigeren Atmosphäre ihrer Lösung entgegengeführt werden können. Sie drängen umso mehr nach der Verwirklichung ihrer Pläne, als ihnen bewusst ist, dass die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs für die ganze Menschheit Gefahren in sich birgt, die zu schildern den letzten Rest von Hoffnung auf Vernunft im Menschen zerstören würde.

Das ist das grosse Entweder-Oder, vor dem wir alle stehen. Die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs mit dem Ziel der Selbstvernichtung - oder der Versuch, mit neuen und von jeder Propaganda fernen Methoden an die Lösung der Weltprobleme heranzugehen.

USA über Paris enttäuscht

O.L. New York - Ende Dezember 1957

Eisenhower meinte, er würde durch eine dramatische NATO-Konferenz "an der Spitze" das amerikanische Prestige in der Welt wiederherstellen. Dulles meinte, er werde durch Eisenhowers "Magie" den verlorenen Grund wiedererobern und das Vertrauen der NATO-Alliierten wiedergewinnen. Beide Ziele wurden in Paris nicht erreicht. Das amerikanische Prestige ist durch Paris nicht nur nicht wiederhergestellt worden. Im Gegenteil, die ungenügenden Antworten, die Eisenhower nach Hause brachte, der Widerstand gegen die einseitig militärischen Übungen, die Eisenhower und Dulles in Paris vorschlugen und die keine Lösungen sind, haben den Amerikanern gezeigt, dass ihr Prestige nicht nur bei Gegnern und Neutralen, sondern auch bei Freunden und Alliierten sinkt.

Versagen der Eisenhower-Magie

In amerikanischen Kreisen, die auf militärische Massnahmen das grösste Gewicht legen und die sich der Illusion hingaben, das Erscheinen Eisenhowers bei der Pariser NATO-Konferenz würde das amerikanische Prestige mit einem Schlage wieder erstehen lassen, sind begreiflicherweise besonders enttäuscht. Die Eisenhower-Magie hat in Paris offenbar nicht gewirkt. Die europäischen Alliierten, so ist man vorschnell zu urteilen geneigt, sind "neutralistisch" eingestellt und verängstigt...

Noch viel ernster sind die Schlussfolgerungen jener, die von Paris nicht viel erwarteten, weil sie schon von der Art und der Richtung der vorbereiteten Gespräche enttäuscht waren und überdies die gegenwärtigen Methoden und den Inhalt der USA-Aussenpolitik für falsch halten. Die Opposition im Kongress zum Beispiel und die rasch wachsende Zahl jener, die über den Mangel an neuen konstruktiven Vorschlägen enttäuscht sind, und die rein militärischen Methoden der Gegenmassnahmen gegen die sowjetische politische Offensive und die Wirkungen der Sputnik-Propaganda für ungenügend halten, hat von Paris nicht viel erwartet, weil die NATO-Konferenz "an der Spitze" überstürzt, nicht genügend vorbereitet und durch Eisenhowers Krankheit behindert war. Dass Eisenhower nach Paris fuhr, wurde von vielen schon vorher für einen Fehler gehalten. Der Mut, mit dem der Präsident die Krankheit bekämpfte, wird allgemein anerkannt. Aber die Reise eines in seiner Energie und offenbar Initiative für neue politische Konzeptionen gehemmten Präsidenten zu einer nicht entsprechend vorbereiteten Konferenz wird für einen politischen Fehler und ein unangemessenes Opfer gehalten.

Notwendig war die Ersetzung der rein militärischen Konzepte durch

eine politische Neubelebung der atlantischen Allianz. Es war klar, dass die USA Delegationen nicht in der Lage sein könnten, sie sogenannten ICBM, die ferngelenkten interkontinentalen Geschosse auf den Konferenztisch zu legen. Und es war vorweg klar, dass die Sputniks um die Konferenztische kreisen würden. Man legte in den der Konferenz vorausgegangenen Diskussionen, auch in Stevensons Diskussionen mit Dulles, Gewicht auf politische Vorschläge zur Belebung der Allianz. Sie fehlten in Paris aber vollständig, die politischen und diplomatischen Vorschläge kamen ausschliesslich von den Europäern.

So kam für die Kritiker der amerikanischen Aussenpolitik der Ausgang der Pariser Konferenz zwar nicht überraschend, aber darum nicht weniger enttäuschend. Die Enttäuschung über Amerikas mangelnden Einfluss ist nicht einmal so gross wie der peinliche Einbruch, dass alles, was die USA-Delegation anzubieten hatte - Nuklear-Waffen waren.

Was geschieht in der Abrüstungsfrage ?

In diesem Zusammenhang wird die Taktik in der Abrüstungsfrage, die zu dem gegenwärtigen Stillstand aller Abrüstungsgespräche geführt hat, besprochen. Die Vorstellung des amerikanischen Aussenministeriums, dass eine Abstimmung in den Vereinten Nationen und eine grosse Mehrheit für den westlichen Abrüstungsvorschlag von London - eine Abstimmung durch Länder, die die Abrüstung nicht durchführen können, weil nur die grossen, in Wahrheit nur die beiden Weltmächte sie vollziehen können - eine neue Situation in der Abrüstungsfrage für die Russen schaffen würden, muss nun angesichts der Sowjets-Boykotts gegenüber weiteren Verhandlungen einer erweiterten Abrüstungskommission als grundsätzlich falsche Taktik erscheinen. Die Unbeweglichkeit des Westens in der Abrüstungsfrage ausschliesslich als einen Fehler der USA zu bezeichnen wäre allerdings falsch. Es ist bekannt, dass Grossbritannien und Frankreich amerikanische Zugeständnisse in der Frage der Atomwaffen verhinderten, weil gerade diese beiden Länder befürchteten, dass die USA und die UdSSR durch ein Abrüstungsabkommen, das unter anderem weitere Versuche untersagt, ein Monopol ihrer gegenwärtigen Atom-Stärke gewinnen könnten.

Amerikanisch-russische Gespräche ?

Die Frage bei all diesen Verhandlungen war, ob die Amerikaner allein mit den Russen ins Gespräch kommen könnten. Ob dies nun nach der Enttäuschung von Paris der Fall sein kann, erscheint zumindest fraglich. Dulles will solche Gespräche nicht - und zwar nicht nur allein aus Treue gegen die Alliierten, die er im November 1956 während der Suez-Krise im Stich liess.

Die Frage ist also: Wohin geht die amerikanische Aussenpolitik? Die Reiseroute des Aussenministers Dulles von Paris nach Washington - über Madrid war eine von vielen Andeutungen über weitere Möglichkeiten: Offenbar sollte der Besuch in Madrid, beim spanischen Diktator, andeuten, dass die USA schliesslich noch Spanien als militärische Basis hätte... +++ - 5 -

eine politische Neubelebung der atlantischen Allianz. Es war klar, dass die USA Delegationen nicht in der Lage sein könnten, sie sogenannten ICBM, die ferngelenkten interkontinentalen Geschosse auf den Konferenztisch zu legen. Und es war vorweg klar, dass die Sputniks um die Konferenztische kreisen würden. Man legte in den der Konferenz vorausgegangenen Diskussionen, auch in Stevensons Diskussionen mit Dulles, Gewicht auf politische Vorschläge zur Belebung der Allianz. Sie fehlten in Paris aber vollständig, die politischen und diplomatischen Vorschläge kamen ausschliesslich von den Europäern.

So kam für die Kritiker der amerikanischen Aussenpolitik der Ausgang der Pariser Konferenz zwar nicht überraschend, aber darum nicht weniger enttäuschend. Die Enttäuschung über Amerikas mangelnden Einfluss ist nicht einmal so gross wie der peinliche Eindruck, dass alles, was die USA-Delegation anzubieten hatte - Nuklear-Waffen waren.

Was geschieht in der Abrüstungsfrage ?

In diesem Zusammenhang wird die Taktik in der Abrüstungsfrage, die zu dem gegenwärtigen Stillstand aller Abrüstungsgespräche geführt hat, besprochen. Die Vorstellung des amerikanischen Aussenministeriums, dass eine Abstimmung in den Vereinten Nationen und eine grosse Mehrheit für den westlichen Abrüstungsvorschlag von London - eine Abstimmung durch Länder, die die Abrüstung nicht durchführen können, weil nur die Grossen, in Wahrheit nur die beiden Weltmächte sie vollziehen können - eine neue Situation in der Abrüstungsfrage für die Russen schaffen würden, muss nun angesichts der Sowjets-Boykotts gegenüber weiteren Verhandlungen einer erweiterten Abrüstungskommission als grundsätzlich falsche Taktik erscheinen. Die Unbeweglichkeit des Westens in der Abrüstungsfrage ausschliesslich als einen Fehler der USA zu bezeichnen wäre allerdings falsch. Es ist bekannt, dass Grossbritannien und Frankreich amerikanische Zugeständnisse in der Frage der Atomwaffen verhindert, weil gerade diese beiden Länder befürchteten, dass die USA und die UdSSR durch ein Abrüstungsabkommen, das unter anderem weitere Versuche untersagt, ein Monopol ihrer gegenwärtigen Atom-Stärke gewinnen könnten.

Amerikanisch-russische Gespräche ?

Die Frage bei all diesen Verhandlungen war, ob die Amerikaner allein mit den Russen ins Gespräch kommen könnten. Ob dies nun nach der Enttäuschung von Paris der Fall sein kann, erscheint zumindest fraglich. Dulles will solche Gespräche nicht - und zwar nicht nur allein aus Treue gegen die Alliierten, die er im November 1956 während der Suez-Krise im Stich liess.

Die Frage ist also: Wohin geht die amerikanische Aussenpolitik? Die Reiseroute des Aussenministers Dulles von Paris nach Washington - über Madrid war eine von vielen Andeutungen über weitere Möglichkeiten: Offenbar sollte der Besuch in Madrid, beim spanischen Diktator, andeuten, dass die USA schliesslich noch Spanien als militärische Basis hätte... +++ - 5 -

Unverständlicher Wunsch aus Israel

sp - Der Ministerpräsident des tapfer um seine Existenz ringenden Staates Israel, Ben Gurion, war schlecht beraten, als er vor dem israelischen Parlament den Wunsch äusserte, die Bundesrepublik möge an Israel Waffen liefern. Sein Wunsch hat in der deutschen Öffentlichkeit - und dies ohne Unterschied der politischen Parteien - keinen guten Widerhall gefunden. Was mag den Staatsgründer Israels bewogen haben, ein solches Ansinnen, über dessen Undurchführbarkeit er sich doch klar sein musste, an Bonn zu stellen? Man tappt hier im Dunkeln. Eine plausible Erklärung findet sich nicht. Sogar die israelische Mission in Köln war davon überrascht, wusste sie doch am besten, dass für deutsche Waffenlieferungen an Israel weder politische noch geschäftliche Voraussetzungen gegeben sind. Die bisherige deutsche Waffenproduktion beschränkt sich auf die Lieferung von Kleinkaliberwaffen und Gewehren, diese aber kann Israel, wenn es deren Erwerbung für unbedingt notwendig erachtet, gewiss auch anderwärts erhalten. Die Erzeugung schwerer Waffen ist der Bundesrepublik bisher verboten, und die deutsche Industrie zeigt auch wenig Neigung, sich hier besonders zu engagieren. Die Erfahrungen zweier Weltkriege schrecken ...

Aber selbst wenn die Bundesrepublik in der Lage wäre, Waffen an andere Staaten zu liefern, wäre es ein Gebot politischer Klugheit, dies nicht zu tun. Aus den unseligen Waffenlieferungen der Grossmächte in die Länder des Nahen Ostens resultieren ohnehin schon schwerwiegende Gefahren und kriegsähnliche Spannungen. Briten, Franzosen, Amerikaner und nun auch Russen tummeln sich unterm Teil der Erde im Waffengeschäft, sie verfolgen dabei ihre eigenen Interessen und Freistige und nehmen kaum Rücksicht auf die Bedürfnisse der mit diesen Waffen beglückten Völker. Sollen sich nun auch Westdeutsche in diese unheilige Phalanx der Waffenlieferanten einschalten? Gewiss nicht, und zwar nicht aus dem Grunde, weil damit arabische Empfindlichkeiten verletzt würden, sondern weil Israel selbst damit auf die Dauer nicht gedient wäre.

Der Wunsch nach einer Überbrückung des Grabens, den eine schreckliche Vergangenheit zwischen Deutschen und Juden aufgerissen hat, ist bei allen verantwortlichen politischen Kräften in deutscher Volk vorherrschend. Aus diesem Geiste erfolgte das Gesetz über die Wiedergutmachung, dessen loyale Erfüllung allen verantwortlichen deutschen Stellen und Parteien am Herzen liegt. Die Leistungen aus diesem Gesetz erfolgen reibungslos und das soll auch und das muss auch in der Zukunft so bleiben, weil sie dazu beitragen, die Wirtschaft Israels gesünder und lebenskräftiger zu machen. So notwendig diese Leistungen sind, so schädlich wären Waffenlieferungen, denn mit gleichem Recht könnten dann auch andere, etwa arabische Staaten kommen, um ähnliches zu verlangen.

Der unerwartete Vorstoss Ben Gurions hat im israelischen Parlament selbst zu schweren Erschütterungen geführt, von denen wir nur hoffen können, dass sie die innere Einheit Israels nicht gefährden. Israel braucht wie wohl kaum ein anderes Volk ein Höchstmass innerer Geschlossenheit, um sich in einer feindlichen Umwelt behaupten zu können. Für diese Selbstbehauptung sind freilich deutsche Waffen nicht notwendig.

Schon der Turmbau zu Babel ...

dt- Hannover

Zum Jahresende ist über die hannoversche Gerichtskasse ein warmer Regen niedergegangen: 520 Bauunternehmer in Niedersachsen, Hamburg und Bremen, vom Amtsgericht Hannover wegen verbotener Preisabsprachen verurteilt, zahlten ohne zu murren, was ihnen aufgebracht worden war. Das geringste Strafmandat lautete auf 50 DM, das höchste auf mehr als 20 000 DM. Oberstaatsanwalt Landwehr, verantwortlich für die Bereinigung dieser Vorgänge, will die Gesamtsumme nicht nennen, die solcherart dem Gerichtssäckel zufließt, man kann sich aber leicht ausrechnen, dass ein hoher, sechsetelliger Betrag zusammen gekommen ist.

Von einem der grössten Bauskandale nicht nur in Niedersachsen sprachen hannoversche Zeitungen im Frühjahr, als die Ermittlungen noch liefen und die Öffentlichkeit nur spärlich mit Nachrichten versorgt wurde. Jetzt, da die Aktion abgeschlossen ist, lässt sich auch ihr Ausmass überblicken. Auf den Strafbefehlen steht unter anderem auch: "Tatort Hannover und andere Orte der Bundesrepublik". Es hat demnach nicht nur in Niedersachsen regelrecht organisierte Preisabsprachen im Baugewerbe gegeben; ähnliche Nachrichten wie jetzt aus Niedersachsen werden bald auch aus Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz kommen. In anderen Bundesländern sind die Aktionen bereits längere Zeit abgeschlossen. Den Vogel abschliessen aber werden die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, sobald die Staatsanwaltschaft Düsseldorf die Karten auf den Tisch legen wird. Denn Preisabsprachen im Baugewerbe gibt es, wie einschlägige Kreise versichern, "seit dem Turmbau zu Babel", und nirgendwo ist in den letzten Jahren mehr gebaut worden als im grössten Bundesland.

Das Amtsgericht Hannover konnte sich bei seinen Strafmandaten nach der Verordnung 78 der britischen Militärregierung richten, die in den entscheidenden Artikeln Preisabsprachen verbietet, "wenn dadurch der Wettbewerb wesentlich eingeschränkt oder ausgeschaltet wird". Die VO 78 sieht dafür Gefängnis bis zu zehn Monaten und Geldstrafen bis zu 200 000 Mark vor. Die Amtsgerichte, die bis heute die Kartellsünder noch nicht abgeurteilt haben, stehen nun vor einer kniffligen Rechtsfrage. Ab 1.1.1958 gilt nicht mehr die VO 78 (in der ehemaligen US-Zone das gleichlautende Gesetz 56 der US-Militärregierung), sondern das Erhard'sche Kartellgesetz. Das fasst solche Sünder milder an: nach VO 78 sind

Preisabprachen Vergehen und die Strafen werden ins Strafregister eingetragen: Nach Kartellgesetz sind es "Ordnungswidrigkeiten", die mit Bussen belegt werden. Bussen können zwar höher sein als Geldstrafen, aber sie wirken nicht weiter.

Die Rechtsfrage besteht nun darin, ob jemand für eine Tat, die Jahre zurückliegt (in Nordrhein-Westfalen werden die Bauabsprachen bis 1952 zurück untersucht), nach einem Gesetz verurteilt werden kann, das erst ab 1956 gilt, oder ob man ein Gesetz (VO 78) handhaben kann, das nicht mehr gültig ist.

Wie gross der Angiasstall war, den es auszuräumen galt, zeigt ein Blick auf die niedersächsischen Verhältnisse. Hier mussten 2 600 Bauprojekte aus den Jahren 1955 und 1956 untersucht werden. Eine Sonderkommission der Kripo war zu diesem Zweck ein ganzes Jahr unterwegs. Sie kam bald dahinter, dass in grösseren Städten sich getarnte "Meldestellen" etabliert hatten. In diesen Meldestellen (etwa zwanzig in der ganzen Bundesrepublik), die so harmlose Bezeichnungen führten wie "Baugeräte-Vermittlung", "Bauberatung" usw., traf man sich, wenn im näheren Bereich ein Grossbau ausgeschrieben wurde. Wer von den versammelten Bauunternehmern "an der Reihe war", musste einen bestimmten Preis offerieren er war der "Herausgestellte". Die anderen "schützten" sein Angebot, indem sie höhere Preise verlangten. Dafür bekamen sie Pluspunkte: wer die meisten Punkte hatte, wurde das nächste Mal "herausgestellt".

Es ist selbstverständlich, dass der Verband der Bauindustrie in Niedersachsen von den Kartelländern abtrübt. Man findet aber Erklärungen für deren Verhalten. Die Rechtsprechung nach VO 78 sei keineswegs einheitlich gewesen; "ob Preisabprachen in dieser Form (der Wettbewerb wurde nicht ausgeschaltet, sondern verlagert) strafbar waren, war bis in die letzte Zeit nicht mit voller Sicherheit zu sagen". Immerhin hat der Verband "mit zunehmender Klärung der Rechtslage" den Verbandmitgliedern entsprechende Urteile zur Kenntnis gebracht. An Anschauungsmaterial hat es nicht gefehlt: 1955 waren in Berlin über 100 000 DM Gesamtstrafen ausgesprochen worden. Die Rechtslage konnte seither nicht zweifelhaft sein.

Interessant, aber schwierig ist eine Untersuchung, wie tief die Dinge gingen. In Niedersachsen, Hamburg und Bremen gibt es rund 10 000 Baubetriebe. Die 520 straffällig gewordenen würden demnach nur 5 Prozent ausmachen. Aber nur zehn Prozent von den 10 000 Betrieben haben mehr als 50 Arbeiter und Preisabprachen lohnen sich nur bei Grossprojekten. Man wird also von diesen 10 Prozent Grossbetrieben ausgehen müssen. Dann sieht es schon weniger schön aus.

Bundespresseamt - Ärgernis der Demokratie

FB. Eine der ersten Aufgaben im neuen Jahre sollte sein, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung scharf unter die Lupe zu nehmen. Es sind nicht nur die letzten Pläne über die Stellenanhebungen und Verbeamtungen, die das notwendig machen, obwohl auch das ein Grund zu ernsthafter Debatte sein sollte. Einmal wäre es schon rein beamtenrechtlich eine Überbewertung der Funktion, wenn man Referatsleiter in diesem Amt zu Ministerialräten machen würde, und zum anderen liegt es einfach nicht im Wesen dieses Amtes, dass es so stark mit Beamten bestückt wird. Das schadet einmal der Pressearbeit und zum anderen handelt es sich hauptsächlich um politisch tätige Menschen, die bereit sein müssen, auch ein politisches Risiko auf sich zu nehmen.

Aber das ist es nicht allein. In der letzten Zeit haben sich so viele "Fälle" ereignet, die es angezeigt erscheinen lassen, dieses Amt zu durchleuchten. Man denke nur an den Fall Schimmelbusch & Co., wo Vereinbarungen getroffen worden sind, die mit der Ordnung im öffentlichen Dienst und den ungeschriebenen Gesetzen der Moral nicht mehr zu vereinbaren sind. Wenn man tatsächlich der Meinung war, dass Schimmelbusch & Co. keinerlei Forderungen an das Amt zu stellen habe, dann ist die Vereinbarung, die Schimmelbusch & Co. sczusagen zum Protegé bei der Vergabe von Druckaufträgen erhob, um so unverständlicher. Dann hätte man es ruhig auf den Prozess ankommen lassen können. Aber offensichtlich fühlte man sich in seiner Haut recht unsicher.

Aus der Wahlzeit noch stammt die Affäre "Bleib im Bild". Als damals die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gegen diese Wahl-Illustrierte protestierte und darin eine Verschleuderung von Steuergeldern sah, hat man alles glatt abgeleugnet und die finanzielle Transaktion mit den berühmten Geheim-Titeln gedeckt und jede Auskunft verweigert. Kurz nach den Wahlen hat "Bleib im Bild" sein Erscheinen eingestellt und den Beweis dafür geliefert, dass es sich um eine getarnte Wahl-Illustrierte auf Zeit gehandelt hat. Auch in dieser Angelegenheit ist nicht nur der sprichwörtliche "Dreck am Stecken", sondern ein "Schlammschad" zu vermuten.

Es gibt weiter die sich seit Jahren hinschleppenden politischen Inzutraglichkeiten im Bulletin, das sich nur als Sprachrohr der CDU fühlt. Die Abteilung Publikationen muss sehr sorgfältig untersucht werden, denn auch diese betätigt sich mehr als CDU-Propagandaleitung, denn als staatliche Behörde.

Man wird sorgfältig überlegen müssen, auf welchem Wege diese Überprüfung geschieht. Vielleicht ist es eine Grosse Anfrage, vielleicht kann man die Haushaltsberatungen benutzen, um diesen Etat gründlich zu durchleuchten. So wie bisher geht es jedenfalls nicht mehr weiter, denn dieses Amt ist zu einem Ärgernis der Demokratie geworden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel